

## Friedenspolitische Kapitalanlage

# Beteiligungseinlagen für Einsätze der Bundeswehr



Der Bundeswehr wachsen zunehmend **neue friedens- und sicherheitspolitische Aufgaben** zu. Diese führen natürlich zu höheren Kosten im Verteidigungsreich, aber auch – und das wird oft übersehen – zu Mehreinnahmen für die deutsche Wirtschaft: zum einen schon kurzfristig durch Aufträge im Wehrbeschaffungsbereich oder, wie beispielsweise im Kosovo, durch Aufträge für den Wiederaufbau. Längerfristig profitieren die Staaten, die sich mit eigenen Kräften vor Ort an friedenschaffenden Maßnahmen beteiligen, durch einen verbesserten **Zugang zu den Rohstoffen und Märkten** der betroffenen Regionen.

Aus der Sicht der deutschen Wirtschaft wäre eine Ausweitung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr – sei es im UNO-Auftrag oder im NATO-Rahmen – auf eine größere Zahl von Krisenregionen durchaus zu begrüßen. Bisher wurden die Sicherungsaufgaben der freien Welt vorwiegend von den USA geleistet, die sich dadurch wiederum erhebliche Wettbewerbsvorteile verschaffen konnte.



**Benötigt aber teuer: Truppentransporter für Überseeinsätze**

Eine stärkere **Teilhabe Deutschlands** an diesen Aufgaben wäre daher wünschenswert und auch dem gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Gewicht unseres Landes angemessen. „Nur wer mitmacht, kann mitreden“ – so hatte der Bundeskanzler die deutsche Beteiligung am **Krieg gegen Terror** zu Recht begründet.

Im Moment ist die **Bundeswehr** aber noch nicht ausreichend für eine Ausweitung ihrer Aufgabe im wünschenswerten Maße gerüstet. Erhebliche Investitionen werden im nächsten Jahrzehnt nötig sein, um sie – und damit auch unser Land – **zukunftsfähig zu machen**.

Selbstverständlich soll an dem für die marktwirtschaftliche Demokratie wesentlichen Grundsatz, daß solche Investitionskosten von der Allgemeinheit getragen werden, nicht gerüttelt werden.

Angesichts des breiten Konsens im Parlament, wird es sicher gelingen, die Bevölkerung zu überzeugen, daß für die Finanzierung unser aller Zukunft, schmerzhaft Einsparungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht zu vermeiden sein werden.

Um aber in der gebotenen Eile die dringend notwendigen Beschaffungen – Satellitensysteme, Übersee-Transportkapazitäten, Flugzeugträger und vieles mehr – finanzieren zu können, müssen ergänzende privatwirtschaftliche Finanzierungsmodelle eingesetzt werden.

Der Bund hat dafür den **Zukunftsfond deutsche und europäische Sicherheit z.d.e.o.s** eingerichtet, der von der bundeseigenen **Gesellschaft für sicherheitspolitische Zusammenarbeit GSZ** verwaltet wird.



**Ölförderturm im Nahen Osten**

Dieser Fonds gibt **Beteiligungsscheine** in Höhe von 1.000 EURO aus und stellt das so erworbene Kapital zweckgebunden der Bundeswehr zur Verfügung. Unternehmen, die in den betroffenen Regionen wirtschaftlich tätig sein wollen, verpflichten sich einen Anteil ihres Gewinns an den Fonds abzuführen. Der Bund tätigt Einlagen in gleicher Höhe. Da die Abgaben steuerlich absetzbar sind, bleibt gewährleistet, daß auch hier die Belastungen der Unternehmen in bewährten Grenzen bleiben.

Aus diesen **Gewinnabführungen**, werden dann anteilige **Dividenden** an die Eigner von Beteiligungsscheinen ausgeschüttet.

### Beteiligungsscheine gibt es in zwei Varianten

- Beim **risikoarmen Modell** richtet sich die Dividende nach dem Anstieg des DAX, der ja die prinzipielle Situation der vom Zugang zu Märkten und Rohstoffen abhängigen deutschen Wirtschaft widerspiegelt.
- Beim Modell mit den **höheren Gewinnmöglichkeiten** entscheidet sich der Anleger unmittelbar für eine Krisen- bzw. Zukunftsregion. So erhält er auf gute bürgerlich-demokratische Weise Einfluß darauf, wo die Bundeswehr und in welchem Maße eingesetzt wird, sowie nicht zuletzt auch einen fairen Anteil an dem dadurch für die deutsche Wirtschaft erzielten Gewinn.



Da diese Beteiligungsscheine wie normale Wertpapiere gehandelt werden können, erschließen sich für außenpolitisch interessierte Anleger spannende Anlagemöglichkeiten.

**Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die:**

#### **Gesellschaft für sicherheitspolitische Zusammenarbeit mbH GSZ**

Stauffenbergstr. 18  
11055 Berlin  
Telefon: 01888 24 2237  
Telefax: 01888 24 2265  
E-Mail: [BMVGruell4@bmvg.bund400.de](mailto:BMVGruell4@bmvg.bund400.de).

## FINANCIAL TIMES

DEUTSCHLAND

### „Zukunftsfonds bietet zukunftsweisend Sicherheit“

**Berlin 11.12.2001...** Nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes ist es wieder möglich geworden, Völkern zu Hilfe zu eilen, die unter dem Joch barbarischer Regime leben oder rückständigen Ideologien und Religionen ausgesetzt sind. Diese Hilfe kann häufig nur unter Zuhilfenahme militärischer Mittel erfolgen. Dies – und auch das hat die Geschichte gezeigt – muß nicht uneigennützig erfolgen. Gerade in einer globalisierten Welt ist der Wegfall der Investitionshemmnisse, die solche Regime in der Regel darstellen, ein Gewinn für alle, die am wirtschaftlichen Leben teilhaben.

Der *Zukunftsfond deutsche und europäische Sicherheit* ist daher sowohl politisch als auch als Anlagemöglichkeit eine überfällige Initiative ...

Ich interessiere mich für den  
Zukunftsfond deutsche und  
europäische Sicherheit **Z•d•e•s**

Bitte schicken Sie mir mein persönliches Info-Paket kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße/Br.

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

Bitte  
ausreichend  
frankieren  
falls  
Briefmarke  
zur Hand

#### **Antwort**

#### **Gesellschaft für sicherheitspolitische Zusammenarbeit GSZ**

„Zukunftsfond **Z•d•e•s**“

Stauffenbergstr. 18

11055 Berlin

**Wirtschafts**  
**Woche**  
h e u t e

#### „Zukunftsfond“ - Eine zeitgemäße und unterhaltsame Kapitalanlage

**Berlin, 11.11.2001**

... Während der Verlauf von Kriegen und Krisen bekanntlich kaum berechenbar ist, haben sich Investitionen in, mit Krieg und Rüstung zusammenhängende, wirtschaftliche Bereiche stets als sehr krisensicher und lukrativ erwiesen. ...